

Die Zürcher CVP führt einen Wahlkampf

Steuern, Klima und Familien

wbt. Die Absicht der Zürcher CVP, sich im Wahlkampf zwischen all den grossen Tenören zur Linken und zur Rechten mit der Fistelstimme der differenzierten Sachpolitik Gehör zu verschaffen, ehrt sie, hat ihr aber bisher wenig Lorbeeren eingetragen. Präsident Markus Arnold hat sich deshalb am Montag in der Pause der Kantonsratssitzung eine ruhige Minute ausgesucht, um die drei Spitzenkandidaten Kathy Riklin, Urs Hany und Barbara Schmid-Federer vor der Presse zu Sachthemen zu Wort kommen zu lassen.

Die Steuern seien an sich ein Wahlkampfthema, meinte Nationalrätin Kathy Riklin, die auch um einen der beiden Zürcher Ständeratssitze kämpft, aber man höre nur von Flat Tax oder Easy Swiss Tax, auf die man lange warten werde. Es brauche realisierbare Ziele. Riklin plädiert dafür, die Bildungspolitik auch in der Steuerpolitik durchzusetzen. So sei es widersinnig, Kinder- und Ausbildungszulagen als Einkommen zu besteuern. Kinderbetreuungskosten sowie Aus- und Weiterbildungskosten nach der beruflichen Erstausbildung sollen von den steuerbaren Einkünften abgezogen werden können. Für eine freie Schulwahl und die Verteilung von

Bildungsgutscheinen kann sich Riklin nicht erwärmen; im Kleinkinder-Bereich seien Gutscheine aber besser als die Subventionierung der Krippen selber.

Familienpolitikerin Barbara Schmid-Federer warnte vor den Gefahren der Chat-Rooms, die bei Jugendlichen von 12, 13 Jahren sehr beliebt sind. Während Eltern ihre Kinder sicher zu Hause wädhnten, öffneten diese via Computer ahnungslos Tür und Tor für Exhibitionismus und sexuelle Anmache. Die mit den Chat-Rooms oft wenig vertrauten Eltern und Lehrer seien gründlich zu informieren; nötig sei eine kantonale Sensibilisierungskampagne. Zum Thema Klima äusserte sich Nationalrat Urs Hany. Zwar habe die CVP durchaus Sympathien für die Klima-Initiative der Umweltverbände, welche eine 30-prozentige Reduktion des CO₂-Ausstosses in der Schweiz verlange. Deren Behandlung beanspruche aber wertvolle Zeit. Die CVP verlange deshalb mit einer parlamentarischen Initiative eine Reduktion um 20 Prozent bis 2020 (Basis: 1990), wie es den Zielen der Europäischen Union entspreche. Hany glaubt, genügend Unterstützung zu finden, um so rasch eine Basis für Massnahmen zu schaffen.